

Linz, am 24.06.2026

OÖ Bauernbund: Landwirtschaft braucht dringend Entlastungen

Das laufende Jahr stellt die heimische Landwirtschaft vor enorme wirtschaftliche Herausforderungen. Rasche und wirksame Entlastungen sind dringend notwendig. Der OÖ Bauernbund fordert daher im Zuge der morgigen Vollversammlung der Landwirtschaftskammer OÖ unter anderem: Entlastungsmaßnahmen für den Ackerbau, die Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion in der künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), die Absicherung der Zulassung europäischen Sojaöles als Energierohstoff, die Anrechnung von Holzprodukten für die Klimaschutzleistung des Waldes und die Weiterentwicklung der Tiergesundheitsdienste sowie eine bessere Ausbildung für die Nutztierpraxis.

Hohe Energiepreise, geopolitische Unsicherheiten und zusätzliche regulatorische Belastungen haben die Preise für Stickstoff- und Mehrnährstoffdünger massiv steigen lassen. Gleichzeitig orientieren sich die Erlöse für Getreide und Ölsaaten weiterhin an den internationalen Marktpreisen. Die Kosten-Preis-Schere geht folglich immer weiter auseinander.

Der im Mai 2026 von der EU-Kommission vorgelegte Düngemittelaktionsplan sowie die darin angekündigten Sofortmaßnahmen sind ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sie reichen jedoch nicht aus, um die strukturellen Kostennachteile zu überwinden, mit denen die europäischen Ackerbaubetriebe konfrontiert sind. Entscheidend ist ein ausreichendes Düngerangebot am europäischen Markt sowie eine spürbare finanzielle Entlastung der Betriebe.

„Wir danken Bundesminister Norbert Totschnig für sein Bemühen auf europäischer Ebene und ersuchen ihn, sich mit aller Kraft für eine Nachschärfung des Düngemittelaktionsplanes, insbesondere durch ein sofortiges Aussetzen des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) auf Düngemittel und für eine Verlängerung der befristeten Zollausssetzung auf Stickstoffdünger, Ammoniak und Harnstoff aus Drittstaaten über 2026 hinaus, einzusetzen. Weiters fordern wir eine Anhebung der Biodieselbeimischungsquote auf nationaler Ebene von derzeit sieben auf mindestens zehn Prozent, die Einführung von E20-Kraftstoffen sowie eine rasche Umsetzung weiterer Maßnahmen zur Stärkung heimischer Bioenergieträger“, so OÖ Bauernbund-Fraktionsobfrau LK-Vizepräsidentin Rosemarie Ferstl.

Künftige Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss Produktion gezielter stärken

Die heimischen bäuerlichen Familienbetriebe stehen in einem harten wirtschaftlichen Wettbewerb am EU-Binnenmarkt. Die wirtschaftliche Situation sowie unsichere Rahmenbedingungen führten dazu, dass in den vergangenen Jahren insbesondere in der Schweineproduktion sowie in der spezialisierten Rindermast kaum Investitionen getätigt wurden. Damit droht die Situation, dass Österreichs Landwirtschaft in diesen Sparten weiter Marktanteile und damit Wertschöpfung auf den bäuerlichen Betrieben sowie in den vor- und nachgelagerten Bereichen verliert. Auch im Ackerbau ist aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Situation seit mehreren Jahren eine äußerst verhaltene Investitionstätigkeit zu verzeichnen.

„In der künftigen nationalen Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik muss daher ein stärkerer Fokus auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und damit dem Erhalt bzw. dem weiteren Ausbau der landwirtschaftlichen Produktion gelegt werden“, betont Ferstl und ergänzt weiter: „Eine stärkere Konzentration der Mittel in der nächsten GAP-Periode auf die Einkommenssicherung und den Ausbau der Produktions- und Wertschöpfungsorientierung sollte vorgenommen werden. Dazu bedarf es insbesondere einer entsprechenden Aufstockung der Budgetmittel für die Investitionsförderung und der Qualitätsprogramme. Damit soll aufgrund der in den letzten Jahren massiv gestiegenen Investitionskosten vor allem eine Aufstockung der förderbaren Investitionsobergrenzen und in Oberösterreich auch die Finanzierung weiterer Fördergegenstände im Ackerbau ermöglicht werden.“

+++

Rückfragenhinweis:

DI Michael Harant, BEd BSc

+43 732 773866 - 811

+43 664 8326212

michael.harant@ooe.bauernbund.at